

Entwicklungshilfe bringt bei uns Maschinen zum Sum

Eine Erwiderung auf die Kritik am Brandt-Bericht /

Von Wolfgang Roth

Zur Nord-Süd-Konferenz in Cancun veröffentlichte die ZETT eine kritische Analyse des Brandt-Berichtes, der seit seinem Erscheinen vor zwei Jahren unterschiedliche Beurteilung erfahren hat. Hier erwidert Wolfgang Roth, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, auf den Dossier-Autor Josef Joffe.

Der Brandt-Bericht ist keine „Theorie der Entwicklung“, sondern ein Konsens-Papier von Menschen guten Willens. Diese Menschen kommen aus dem Süden und dem Norden. Aus dem reichen und dem armen Süden, aus dem krisenfesten und dem krisengeschüttelten Norden. So differenziert ist die Welt. Konsens bedeutet Wille zum Interessenausgleich, vielleicht ein Stück weniger Formulierungen von „Wahrheiten“, wie sie in Universitäten ebenso schnell fabriziert wie auf den Müll geworfen werden.

Menschen guten Willens — das heißt Menschen, die daran glauben, daß historische Lösungen durch den organisierten Interessenausgleich möglich werden. Erkenntnis und Interesse liegen eng beieinander. Deshalb ist die Diskussion der Interessen und der Möglichkeiten des Interessenausgleichs auch ein Erkenntnisprozeß. Den gilt es zu organisieren. Deshalb entstehen aus dem Bericht auch neue Wahrheiten, weil nun Gesprächsmöglichkeiten erwachsen. Beispielsweise jene von Cancun, die schon deshalb so schlecht nicht waren, weil die USA aus einer immer gefährlicheren Isolierung im Nord-Süd-Dialog heraustraten.

Diese politischen Ziele des Brandt-Berichts hat Josef Joffe nicht verstanden oder — weil für ihn Politik im Sinne von Kissinger Machthandwerk ist — nicht verstehen wollen. Deshalb bleibt seine Kritik so unpolitisch und haarspalterisch.

Daß die Entwicklung des Wohlstandes zwischen den Industriestaaten auseinanderklafft, nennt er ein „unausrottbares Klischee“. Er begründet dies durch „künstliche Währungspari-

täten“, die die Währungen der Entwicklungsländer überbewerten, also die Sozialprodukte des Südens, in Dollar ausgedrückt, rechnerisch absenken. Außerdem argumentiert er mit der Subsistenzwirtschaft, die nicht eingerechnet wurde.

Steinreich und bettelarm

Der Anteil der Subsistenzwirtschaft in der Dritten Welt am Volkseinkommen ist schwer einzuschätzen, auf jeden Fall aber so gering, daß er jeden Tag Massen von Menschen in die Städte treibt, weil offensichtlich der Eigenbedarf dadurch nicht gedeckt werden kann. Dieses alarmierende Ausmaß wachsender Verstädterung der Dritten Welt zeigt, daß die Erträge der Subsistenzwirtschaft wenig befriedigend sind.

Der Widersinn der Diskussion über die Lage der Entwicklungsländer wird auf die Spitze getrieben, wenn es heißt, das höhere Wachstum in der Dritten Welt im Vergleich zu uns schaffe dort einen weit höheren Lebensstandard, als in den Statistiken ausgewiesen ist, ein paar Zeilen weiter unten aber die Bemerkung steht, das einzige, was in der Dritten Welt langsamer gestiegen sei als bei uns, sei das Pro-Kopf-Einkommen. Darum geht es ja eben: Der Lebensstandard ist eine höchst individuelle Größe; ein Steinreicher und ein Bettelarmer lassen nicht den statistischen Schluß zu, daß es beiden ganz ordentlich gehe. (1)

Der geringe Aussagewert globaler Einkommens- und Wachstumszahlen ist im übrigen Allgemeingut geworden. Bei der Bewertung der beiden vergangenen Entwicklungsdokaden haben die Vereinten Nationen zwar festgestellt, daß mit Ausnahme der Forderung an die Industriestaaten, 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für öffentliche Entwicklungshilfe auszugeben, fast alle vorgegebenen Wachstumsziele erreicht wurden — beim Wachstum des Volkseinkommens, bei der Steigerung des Handelsvolumens, ja sogar bei der Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion. Nur: die Wachstumszahlen verteilen sich höchst ungleich auf verschiedene Länder, verschiedene Regionen und verschiedene Bevölkerungsschichten:

● Wo Länder mit mittlerem Einkommen Wachstumsraten von mehr als sechs Prozent erzielten, sinken gerade die ärmsten Entwicklungsländer weit hinter alle anderen zurück.

Quelle

● Während die weltweite Nahrungsmittelproduktion weltweit stieg — rascher als die Weltbevölkerung — und eigentlich ausreicht, um alle Menschen der Welt genügend zu ernähren, sank sie in den Hungergürteln der Erde noch. In Indien, das selbst zeitweilig Agrargüter exportiert, verhungern Menschen.

Datum

weise 95 Millionen von 106 Millionen Einwohnern. Gerade die Frage des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt ist so vielschichtig, so verwoben mit wirtschaftlichen und sozialen, kulturellen und religiösen, traditionellen und ideologischen Problemen, daß es geradezu albern ist, sich auf jemanden zu berufen, der „westliche Verhaltensweisen“ als wirksame Medizin dagegen empfiehlt.

E 584 K 16

Anmerkungen des Autors

1. Der „Widersinn“ entstammt dem „Weltentwicklungsbericht 1981“ der Weltbank. Mißt man reale Kaufkraft, dann steigt das Pro-Kopf-Einkommen im Süden von 790 auf 1700 Dollar; im Norden fällt es von 10 660 auf 8 960 Dollar. Dies ist immer noch eine große Lücke — sie ist aber bei weitem nicht so riesig wie die „Menschen guten Willens“ immer behaupten.

2. Auf Seite 136 steht: „Viele Länder haben bewiesen, daß schon die wirtschaftliche und soziale Entwicklung selbst zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums beiträgt.“

3. Ich führe die Entwicklungsunterschiede nicht „ausschließlich“ auf endogene Faktoren zurück. Es ist bloß intellektuell unehrlich, das Weltwirtschaftssystem für die Misere der Dritten Welt verantwortlich zu machen, wie es der Bericht suggeriert. Alle Dritte-Welt-Länder sind Teil desselben Systems. Warum aber sind manche (etwa Malaysia) erfolgreicher als andere (etwa Guinea)? Eine gute Politik beginnt, wie immer, zu Hause.

4. Tansanias Wachstum (1960—79) betrug 2,3 Prozent jährlich. Zugleich erhielt das Land mehr Entwicklungshilfe als jeder andere afrikanische Staat: 700 Dollar pro Kopf und Jahr.

5. Ich zitiere bloß den Brandt-Report: Auf Seite 160 heißt es: „Wir wollen ... keineswegs sagen, daß innenpolitische Veränderungen Voraussetzung für Reformen der globalen Ordnung sein müssen.“

6. ... wie zum Beispiel von der gesamten OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) und bis zuletzt von Libyen! *Josef Joffe*

● Und schließlich: Wie wird das Volkseinkommen erwirtschaftet und wem kommt es zugute? Wer verdient an den Exporten von Bananen und Kaffee? Wer profitiert von den Kupfer- und Zinnexporten? Wessen Wohlstand wird durch die Ausfuhr billiger Hemden gemehrt?

(2) Unbestritten ist aber, daß der soziale Zustand einer Gesellschaft und ihr Kinderreichtum eng miteinander zusammenhängen. Kinder werden zur Altersversorgung gebraucht. Sie sind eines der wenigen Statussymbole, die sich auch die Ärmsten „leisten“ können. Es besteht kein materieller Wohlstand, den durch eine geringe Kinderzahl zu wahren ein Interesse besteht. Über Empfängnisverhütung und die negativen Folgen vieler Kinder gibt es keine ausreichenden Kenntnisse. Anders ausgedrückt: Kinder erzeugen Armut, aber Armut zeugt auch Kinder.

Dem widerspricht auch nicht, daß auch in „reichen“ Entwicklungsländern hohe Geburtsraten bestehen. Auch in den „reichen“ Entwicklungsländern lebt die Mehrheit der Bevölkerung vielfach unter für uns kaum vorstellbar ärmlichen Bedingungen — in Brasilien schätzungs-

Das zweite Klischee, das es nach Meinung der Kritiker des Brandt-Berichtes auszumerzen gilt, ist das des Weltwirtschaftssystems, das die Entwicklung der Dritten Welt hemme. Joffe versucht, die unterschiedliche Entwicklung der Länder in der Dritten Welt ausschließlich auf endogene Faktoren zurückzuführen. (3) Auch hier unterliegt er dem Irrtum, globale Wirtschaftsdaten für einen zuverlässigen Indikator des Zustandes der jeweiligen Gesellschaften zu halten.

Natürlich wachsen jene Volkswirtschaften in der Dritten Welt am schnellsten, in denen multinationale Konzerne am rührigsten sind. Aber auch hier muß gefragt werden: Wie wirkt sich das Wachstum auf die Bevölkerung aus? Schließlich schlagen sich ja sogar die Gewinntransfers multinationaler Unternehmen aus ihren Töchtern in der Dritten Welt positiv in der Statistik des Bruttosozialproduktes nieder!

Und was bedeutet das „marginale Wachstum“, das Tansania attestiert wird? In Tansania gibt es zum Teil bessere Versorgungsstrukturen als im benachbarten Kenia. Das Gesundheitswesen des Landes ist führend in Afrika, die Rehabilitationsbemühungen für Behinderte beispielhaft für die ganze Dritte Welt. Die Alphabetisierung der Bevölkerung sucht in zahlreichen anderen Entwicklungsländern ihresgleichen. (4)

Kapital als Kardinalfrage

Es ist richtig, daß einige Ursachen für das Elend in der Dritten Welt in den Ländern selbst zu suchen ist. So sind viele Probleme Süditaliens dort zu Hause. Aber Italien hat durch seine Integration in der EG und der Weltwirtschaft eine Chance. Unfähigkeit und Korruption, Vetternwirtschaft und Stammesdenken hemmen die Entwicklung. Diesem Problem ist in dem Bericht der Brandt-Kommission ein ganzes Kapitel gewidmet. Joffe behauptet das Gegenteil. (5) Aber viele Diktatoren verdanken ihre Macht den Industriestaaten. Somoza konnte erst gestürzt werden, nachdem die USA ihre schützende Hand von ihm gezogen hatten. Jahrzehntelang blutigste Familienherrschaft über ganze Länder hängt vom Wohlwollen multinationaler Unternehmen ab. Idi Amin hätte längst nicht so viel Unheil anrichten können, wenn er nicht — gleichzeitig oder hintereinander — von den verschiedensten Regierungen unterstützt worden wäre. (6)

Das Gleiche gilt für die Rüstung in der Dritten Welt: auch hier falsche Entscheidungen von Machthabern, aber gleichzeitig der Versuch der Industriestaaten aus Ost und West, Verbündete bei den Entwicklungsländern zu finden. Dies ist das Resultat der Tatsache, daß diesen Staaten im Grunde nicht das Recht auf eine eigenständige, wirklich blockfreie Politik zugebilligt wird, sondern daß sie als Verfügungsmasse der großen Industriestaaten im Norden gelten.

Quelle

Datum

Den Garaus machen will Josef Joffe schließlich der von der Brandt-Kommission aufgestellten Behauptung, daß der Süden auch vermehrt Kapital für seine Entwicklung brauche. Nun ist richtig, daß öffentliche Entwicklungshilfe und privater Kapitaltransfer in der Dritten Welt mengenmäßig bisher nur eine Rolle am Rande spielen. Nur unwesentlich mehr als fünf Prozent aller Ausgaben in der Dritten Welt werden durch öffentliche Entwicklungshilfe, private Investitionen aus Industriestaaten oder Kredite vom internationalen Kapitalmarkt finanziert. Den Rest bezahlen die Entwicklungsländer selbst. Ebenso richtig ist aber, daß die notwendigen Investitionen der Entwicklungsländer in zunehmenden Maße durch kommerzielle Kredite gedeckt werden müssen. Die daraus entstandene Verschuldung zeigt, daß der Kapitalmangel in der Dritten Welt mit wenigen Ausnahmen evident, mehr Kapitaltransfer auf jeden Fall erforderlich ist.

Was ist gegen einen gesteigerten und, wenn möglich, automatisierten Ressourcentransfer in die Dritte Welt einzuwenden?

Erstens, sagt der Autor, gebe es bereits eine weltweite „Handelsabgabe“ durch die Opec. Die Ölexportierenden Länder zu vermehrter Entwicklungshilfe für ihre armen Brüder im Süden aufzufordern, ist ebenso beliebt wie scheinheilig. Die Opec-Staaten — und dazu gehören Defizitländer wie Nigeria und Algerien — haben im langjährigen Durchschnitt nahezu drei Prozent ihrer Bruttosozialprodukte für öffentliche Entwicklungshilfe ausgegeben. Einzelne Opec-Mitglieder kommen auf erheblich mehr;

Saudi-Arabien auf nahezu sechs Prozent, Katar auf zehn. Dem Wunsch Saudi-Arabiens an einer stärkeren Beteiligung an der Weltbank stehen beispielsweise die USA negativ gegenüber; sie wollen ihre Sperrminorität behalten, ohne mehr einzahlen zu müssen. Schließlich muß bedacht werden, daß die Opec-Länder trotz ihres vielen Geldes Entwicklungsländer sind, deren Volkswirtschaften sozusagen bei Null anfangen müssen. Und die Problematik, sich dabei allzusehr auf Ölexporte verlassen zu müssen, bekommen ja nicht nur sie zu spüren, sondern sogar hochentwickelte Industriestaaten wie Großbritannien und Norwegen.

Trotzdem: Die Opec muß mehr Verantwortung tragen als bisher. Leider sind Ideen im Konferenzalltag der Egoisten in Nord und Süd versandet.

Zweitens bietet sich im Gegensatz zur Meinung des Autors Einkommenstransfer in den Süden an, weil sich Nachfrage in den Industriestaaten wesentlich weniger anregen läßt als in den Entwicklungsländern, in denen es an allen Ecken und Enden und am Allernötigsten fehlt. Das haben mehrere Versuche in den letzten Jahren gezeigt. Schon in den Jahren nach dem ersten Ölpreisschock war es die Dritte Welt, die den Welthandel durch ihre Nachfrage in Schwung gehalten hatte. Ein Punkt, warum mehr Kapital in die Dritte Welt muß, ist schließlich der, daß dort ein Import-Bedarf besteht, der im heutigen System der wirtschaftlichen Beziehungen nur

deshalb nicht befriedigt werden kann, weil die Entwicklungsländer gezwungen, gleichzeitig aber nur unzureichend in der Lage sind, diesen Bedarf durch Exporte zu decken. Wie die Vergangenheit schon angedeutet hat, kann eine finanzielle Besserstellung der Dritten Welt in der Tat zu einem Nachfragesog führen, der unsere Maschinen ganz schön zum Summen bringen wird.

Drittens zeigt die Erfahrung: Es wird keine Nachfrage nach Konsumgütern entstehen, sondern Nachfrage nach Investitionsgütern, mit denen der Süden die benötigten Waren selbst herstellen kann. Die Frage der Arbeitsteilung — Spitzentechnologie im Norden, billige Konsumtechnologie im Süden — zu erörtern, wäre einen eigenen Disput wert. So, wie angedeutet, stimmt es jedenfalls nicht, — weder in der Zukunft noch heute, wo sich wissenschaftliche und technische Leistungen in Indien und der Volksrepublik China durchaus mit denen der nördlichen Industriestaaten messen lassen können, andererseits die Verlagerung aller Produktionen mit niedrigerem technischem Standard längst Illusion ist, wie das Beispiel der schwedischen Textilindustrie zeigt.

Viertens: Die Behauptung, der Brandt-Bericht wende sich nicht an die Entwicklungsländer selbst mit der Aufforderung, durch mehr Eigenleistung ebenfalls zu ihrer Entwicklung beizutragen, wird durch die Wiederholung nicht richtiger. Falsch ist auch, wenn gesagt wird, der Bericht wende sich nicht an die Sowjetunion und ihre osteuro-

päischen Verbündeten: Die Forderung, durch Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels jährlich mindestens 50 Milliarden Dollar zusätzlich für weltweite öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden, geht nur auf, wenn der Ostblock mit einbezogen wird.

Es ist richtig, daß die Interessen von Nord und Süd nicht deckungsgleich sind. Es ist aber auch richtig, daß Hunger und Überfluß, entsetzliches Elend und Wohlstand, die gleichzeitig und nebeneinander bestehen, eine schwere Gefahr für den Weltfrieden darstellen. Es ist keine Vermutung, sondern geschichtliche Erfahrung, daß ein derartiges soziales und wirtschaftliches Ungleichgewicht Gewalt geradezu provoziert. Es gibt ja auch im Grund kaum jemanden, der die Notwendigkeit leugnet, daß für die Menschen in der Dritten Welt etwas getan werden muß. Die Frage ist, ob dieser Tatsache das notwendige Gewicht beigemessen wird, und ob die aus dem Nichtstun entstehenden Gefahren nicht grob unterschätzt werden.

Der Brandt-Bericht ist eine einzige Warnung davor, diese Gefahr zu unterschätzen, und immerhin hat er schon sehr viele wichtige Politiker in Cancún zusammengeführt. Daß bei alledem bisher nicht viel herausgekommen ist, kann man dem Bericht nicht anlasten. Vor allem kann niemand sagen, er habe keine Gelegenheit gehabt, die Gefahren zu erkennen, die in einem ungelösten Nord-Süd-Konflikt liegen.

E 5 8 4 K 1 7